



Gesuch um Alimentenhilfe

Bevorschussung bzw. Inkassohilfe von Unterhaltsbeiträgen

- Bevorschussung** von Unterhaltsbeiträgen gemäss den §§ 44 ff des Sozialhilfegesetzes vom Kanton Luzern (SHG) und gemäss §§ 28 ff der Sozialhilfeverordnung vom Kanton Luzern (SHV).
- Inkassohilfe** (Unterhaltsbeiträge für Kinder) gemäss § 43 Abs. 1 des Sozialhilfegesetzes (SHG) und gemäss § 27 der Sozialhilfeverordnung (SHV) inkl. ausstehende Unterhaltsbeiträge
- Inkassohilfe** (Unterhaltsbeiträge für Ehegatten) gemäss § 43 Abs. 2 des Sozialhilfegesetzes (SHG) und gemäss § 27 der Sozialhilfeverordnung (SHV) inkl. ausstehende Unterhaltsbeiträge
- Weiterführung der Bevorschussung** von Unterhaltsbeiträgen gemäss den §§ 44 ff des Sozialhilfegesetzes vom Kanton Luzern (SHG) und gemäss §§ 28 ff der Sozialhilfeverordnung vom Kanton Luzern (SHV).

Personalien

Gesuchstellende Person

Vorname und Name _____

Adresse _____

PLZ / Ort _____

Geburtsdatum _____

Zivilstand _____

Telefon (Festnetz, Natel) _____

E-Mail _____

Arbeitgeber _____

Ehe- oder Konkubinatspartner

Vorname und Name _____

Geburtsdatum _____

Arbeitgeber _____

Unterhaltspflichtige Person

Vorname und Name _____

Adresse _____

PLZ / Ort _____

Geburtsdatum _____

Zivilstand _____

Telefon (Festnetz, Natel) _____

E-Mail _____

Arbeitgeber _____

Unterhaltsberechtigzte Kinder

Vorname und Name	Geburtsdatum	Adresse
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Massgebender Rechtstitel (Unterhaltsvertrag, Gerichtsurteil oder -entscheid)

Kinder- und Ausbildungszulagen

Wer bezieht die Kinder- und Ausbildungszulagen? Sind diese zusätzlich zu den Unterhaltsbeiträgen geltend zu machen?

Ausstehende Unterhaltsbeiträge / Kinder- und Ausbildungszulagen

Fraunalimente: Fr. _____

Kinderalimente: Fr. _____

Kinder- und Ausbildungszulagen: Fr. _____

per Datum: _____

Weitere Kinder, für die keine Bevorschussung bzw. Inkassohilfe gewährt wird

Vorname und Name

Geburtsdatum

Adresse

_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Bestehen Massnahmen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht nach Art. 308 ff. und 390 ff. ZGB?

Vorname und Name Beistand/Beiständin

Bank- / Postverbindung zur Überweisung der Unterhaltsbeiträge

Die unterzeichnende Person

- bestätigt, dass alle gemachten Angaben gegenüber des Sozialdienstes Rothenburg/Rain vollständig sind und der Wahrheit entsprechen.
- nimmt zur Kenntnis, dass das Merkblatt über Alimentenhilfe bindender Bestandteil des vorliegenden Gesuchs bildet.

Ort / Datum

Unterschrift der/des Geschuchstellenden



Merkblatt über Alimentenhilfe

Einleitung

Kommen Alimentenschuldner und -schuldnerinnen ihrer Unterhaltspflicht nicht, nur teilweise oder nicht rechtzeitig nach, kann sich die unterhaltsberechtignte Person die gesetzliche Vertreterin bzw. der gesetzliche Vertreter an die zuständige Stelle der Einwohnergemeinde des zivilrechtlichen Wohnsitzes wenden.

Die Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen sind in Ausführung von Art. 131, Art. 176a, Art. 290 und 293 Abs. 2 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) im Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern (SHG; SRL Nr. 892) und in der Sozialhilfeverordnung des Kantons Luzern (SHV; SRL Nr. 892a) geregelt.

Für die Inkassohilfe und die Alimentenbevorschussung ist unter anderem ein rechtsgültiger und vollstreckbarer Rechtstitel für Unterhaltsbeiträge (Gerichtsurteil, Gerichtsentscheid, Unterhaltsvertrag) vorausgesetzt.

Die unterhaltsberechtignte Person oder die gesetzliche Vertreterin bzw. der gesetzliche Vertreter kann sich schriftlich, telefonisch oder durch persönliche Vorsprache beim Sozialdienst Rothenburg/Rain melden. Die Beratung ist für Unterhaltsberechtignte unentgeltlich.

Inkassohilfe (§ 43 SHG und § 27 SHV)

Die Inkassohilfe beinhaltet die behördliche Unterstützung von Unterhaltsberechtignten bei der Durchsetzung Ihrer Unterhaltsbeiträge. Der Anspruch auf Inkassohilfe besteht nicht nur für Kinderunterhaltsbeiträge, sondern auch für Kinder- und Ausbildungszulagen sowie Unterhaltsbeiträge für Ehegatten und eingetragenen Partnern und Partnerinnen

Das unterhaltsberechtignte Kind, der unterhaltsberechtignte Ehegatte, der eingetragene Partner oder die eingetragene Partnerin haben gegenüber der Einwohnergemeinde des zivilrechtlichen Wohnsitzes Anspruch auf unentgeltliche Hilfe bei der Vollstreckung von Unterhaltsbeiträgen. Der Sozialdienst Rothenburg/Rain kann unterhaltsberechtignte Personen bei allen notwendigen Inkassomassnahmen vertreten. Der Anspruch auf Inkassohilfe besteht unabhängig davon, ob auch Anspruch auf Alimentenbevorschussung (vgl. nachfolgend) besteht oder nicht.

Allfällige Kostenvorschüsse für das Inkasso (z.B. für gerichtliche Verfahren, Betreibungen etc.) sind von der gesuchstellenden Person zu leisten (§ 47 SHG).

Die unentgeltliche Inkassohilfe wird aufgrund einer Inkassovollmacht gewährt. Bei der Inkassohilfe zugunsten eines unterhaltsberechtignten Kindes ist die Vollmacht von diesem beziehungsweise seiner Vertretung zu unterzeichnen.

Zur Bearbeitung eines Antrags um Inkassohilfe werden benötigt:

- Gesuch um Alimentenhilfe*
- Unterzeichnetes Merkblatt über Alimentenhilfe*
- Inkassovollmacht*
- Rechtstitel gemäss § 28 SHV
- Aufstellung über ausstehende Unterhaltsbeiträge

*Kann auf der [Website](#) der Gemeinde Rothenburg oder am Schalter des Sozialdienstes Rothenburg/Rain bezogen werden.

Der Sozialdienst Rothenburg/Rain unterstützt die unterhaltsberechtigzte Person in geeigneter Weise bei der Einforderung ihrer Unterhaltsansprüche. Ab dem Zeitpunkt des Antrags um Inkassohilfe dürfen keine weiteren Inkassomassnahmen von der unterhaltsberechtigzten Person vorgenommen werden. Allfällige Schritte müssen vorgängig mit dem Sozialdienst Rothenburg/Rain abgesprochen werden.

Alimentenbevorschussung (§§ 44 ff. SHG und §§ 28 ff. SHV)

Anspruch auf Bevorschussung (§ 44 SHG)

Das unterhaltsberechtigzte Kind hat gegenüber der Einwohnergemeinde des zivilrechtlichen Wohnsitzes unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Bevorschussung der Unterhaltsbeiträge, wenn die Eltern ihrer Unterhaltspflicht nicht, nur teilweise oder nicht rechtzeitig nachkommen.

Unterlagen zur Prüfung des Gesuchs um Bevorschussung (§ 32 SHV)

Folgende Unterlagen müssen zur Prüfung des Gesuchs um Bevorschussung eingereicht werden:

- Rechtstitel gemäss § 28 SHV
- Gesuch um Alimentenhilfe*
- Unterzeichnetes Merkblatt über Alimentenhilfe*
- Inkassovollmacht*
- Letztes rechtskräftiges Steuerveranlagungsprotokoll (nicht älter als drei Jahre)
- aktuelle Lohn- oder Einkommensabrechnungen der letzten 3 Monate
- Verfügungen von IV-Renten oder IV-Taggeldern
- Krankenkassenpolicen
- Abrechnung Prämienverbilligung
- Vermögensnachweise (sämtliche Bank- und Postkontoauszüge der letzten 6 Monate) und Wertschriftenverzeichnis der Steuererklärung
- Allfällige Unterlagen über das Einkommen und Vermögen des unterhaltsberechtigzten Kindes
- Aufstellung der ausstehenden Unterhaltsbeiträge

Die obenerwähnten Unterlagen sind jeweils von dem Elternteil, dem Stiefelternteil, dem eingetragenen Partner oder der eingetragenen Partnerin oder dem Partner oder der Partnerin eines stabilen Konkubinats, in dessen oder deren Haushalt das unterhaltsberechtigzte Kind lebt, einzureichen.

Der Sozialdienst Rothenburg/Rain kann weitere Unterlagen zur Prüfung des Anspruchs verlangen.

Kein Anspruch auf Bevorschussung (§ 45 SHG)

Kein Anspruch auf Bevorschussung besteht, wenn:

- der Unterhalt des Kindes anderweitig gesichert ist,
- das Kind sich dauernd im Ausland aufhält,
- die Eltern zusammenwohnen,
- das Kind oder die gesetzliche Vertretung, welche die Bevorschussung geltend macht, die erforderlichen Auskünfte und Unterlagen vorenthält.

*Kann auf der [Website](#) der Gemeinde Rothenburg oder am Schalter des Sozialdienstes Rothenburg/Rain bezogen werden.

Massgebende Einkommens- und Vermögensgrenze / Teilbevorschussung (§ 29 SHV / § 29a SHV)

Der Anspruch auf Bevorschussung reduziert sich, wenn das massgebende Einkommen

- a) des Elternteils, in dessen Haushalt das unterhaltsberechtigte Kind lebt, Fr. 33'000 pro Jahr übersteigt oder
- b) des eingetragenen Partners oder der eingetragenen Partnerin oder des Stiefelternteils und des Elternteils, in deren Haushalt das unterhaltsberechtigte Kind lebt, Fr. 50'000 pro Jahr übersteigt oder
- c) des Partners oder der Partnerin eines stabilen Konkubinats und des Elternteils, in deren Haushalt das unterhaltsberechtigte Kind lebt, gesamthaft Fr. 50'000 pro Jahr übersteigt oder
- d) des volljährigen Kindes Fr. 16'800 pro Jahr übersteigt.

Massgebend sind die Steuerwerte der letzten rechtskräftigen Steuerveranlagung.

Weichen die tatsächlichen Verhältnisse bei der Einreichung des Gesuchs oder während der Bevorschussung um mehr als 15 Prozent vom massgebenden Einkommen gemäss der letzten Steuerveranlagung ab, werden die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt.

Liegt bei volljährigen Kindern ab Beginn der Steuerperiode, in der sie volljährig geworden sind, noch keine rechtskräftige Steuerveranlagung vor, sind die tatsächlichen Verhältnisse zu berücksichtigen.

Übersteigt das massgebende Einkommen die Einkommensgrenzen gemäss obenstehenden Ausführungen, reduziert sich die Bevorschussung um mindestens 40 Prozent des massgebenden Einkommens über der anwendbaren Einkommensgrenze. Dieser Prozentsatz steigt für jeden Franken des massgebenden Einkommens über der Einkommensgrenze um 0,0015 Prozentpunkte an.

Liegt der Anspruch auf Bevorschussung unter 100 Franken pro Jahr und pro Kind, wird der Betrag nicht ausbezahlt.

Stabiles Konkubinats

Ein stabiles / gefestigtes Konkubinats ist zu vermuten, wenn:

- das Paar seit über zwei Jahren einen gemeinsamen Haushalt bildet.
- das Paar mit einem gemeinsamen Kind in einer gemeinsamen Wohnung zusammenlebt. Die Dauer des Konkubinats ist dabei als Voraussetzung irrelevant.

Besteht ein Konkubinats seit mehr als zwei Jahren oder leben die Partner in einer gefestigten Beziehung mit einem gemeinsamen Kind zusammen, so darf normalerweise davon ausgegangen werden, dass diese auch von ihrem Partner Leistungen erhält. Soweit eine solche Vermutung nicht widerlegt werden kann, dürfen Einkommen und Vermögen des nicht unterstützten Konkubinatspartners angemessen berücksichtigt werden.

Umfang der Bevorschussung (§ 46 SHG und § 30 SHV)

Der Umfang der Bevorschussung richtet sich nach dem im Rechtstitel genannten und nicht geleisteten Unterhaltsbeitrag. Die Bevorschussung darf den Betrag der maximalen Waisenrente gemäss dem Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 20. Dezember 1946 (SR 831.10) nicht übersteigen. Überschreitet das massgebende Einkommen eine bestimmte Grenze, reduziert sich die Bevorschussung im Verhältnis der Höhe des massgebenden Einkommens zu dieser Grenze (Teilbevorschussung), bis der Anspruch ganz entfällt. Bei minderjährigen Kindern ist für die Teilbevorschussung das Einkommen des Elternteils, des Stiefelternteils, des eingetragenen Partners oder der eingetragenen Partnerin oder des Partners oder der Partnerin eines stabilen Konkubinats, in deren Haushalt das Kind lebt, zu berücksichtigen, bei volljährigen Kindern deren eigenes Einkommen.

Kinder- und Ausbildungszulagen, die der unterhaltspflichtige Elternteil zusätzlich zu den Unterhaltsbeiträgen zu bezahlen hat, werden nicht bevorschusst.

Beginn der Bevorschussung (§ 44 Abs. 3 SHG)

Bevorschusst werden die Unterhaltsbeiträge, die nach der Gesuchstellung fällig werden (z.B. Einreichung des Gesuchs im März, Bevorschussung beginnt ab April). Ausstehende Forderungen werden nicht bevorschusst.

Dauer der Bevorschussung (§ 31 SHV)

Die Unterhaltsbeiträge werden jeweils während längstens eines Jahres bevorschusst. Vor Ablauf der Dauer hat der Sozialdienst Rothenburg/Rain zu prüfen, ob die Bevorschussung anzupassen ist. Die Bevorschussung endet mit der Volljährigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes. Vorbehalten bleibt Artikel 277 Absatz 2 ZGB.

Inkassoeingänge (§ 34 SHV)

Leistet die unterhaltspflichtige Person nur Teilzahlungen, so werden diese vorweg an Zinsen oder Kosten (Betreibungs- und Gerichtskosten etc.) angerechnet (Art. 85 Abs. 1 OR).

Hat die unterhaltspflichtige Person mehrere Schulden zu bezahlen und erklärt nicht, an welche Schulden seine Zahlungen anzurechnen sind, so entscheidet der Sozialdienst Rothenburg/Rain über die Anrechnung (Art. 86 f. OR).

Es wird folgende Reihenfolge festgelegt:

- Kinder- und Ausbildungszulagen
- Zinsen und Kosten
- bevorschusste Kinderalimente
- nicht bevorschusste Kinderalimente für nicht volljährige Kinder
- nicht bevorschusste Kinderalimente für volljährige Kinder
- Unterhaltsbeiträge für Ehegatten und eingetragene Partner und Partnerinnen.

Meldepflicht (§ 7 SHG)

Die unterhaltsberechtigten Person oder die gesetzliche Vertreterin bzw. der gesetzliche Vertreter ist verpflichtet, bei der Gesuchseinreichung vollständige und wahrheitsgetreue Angaben zu machen. Der Sozialdienst Rothenburg/Rain ist sofort über Änderungen der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der Adresse, der Haushaltsmitglieder, des Zivilstandes, der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, des Anspruchs auf Sozialversicherungsleistungen, des Rechtstitels, des Ausbildungsverhältnisses (z.B. Lehrstellenwechsel, Dauer, Ende, Abbruch etc.) usw. zu informieren.

Übergang Unterhaltsanspruch auf Einwohnergemeinde

Soweit die Einwohnergemeinde durch Bevorschussung für den Unterhalt eines Kindes aufkommt, geht gemäss Art. 289 Abs. 2 ZGB der Unterhaltsanspruch mit allen Rechten auf sie über.

Die unterhaltsberechtigten Person kann deshalb im Umfang der Bevorschussung gegenüber der unterhaltspflichtigen Person keinen Anspruch mehr auf Unterhaltsbeiträge geltend machen. Allfällige Direktzahlungen an unterhaltsberechtigten Personen oder gesetzliche Vertreterinnen oder Vertreter sind unverzüglich dem Sozialdienst Rothenburg/Rain zu melden. Werden Zahlungen entgegengenommen oder selber eingefordert, ohne mit dem Sozialdienst Rothenburg/Rain abzurechnen, muss mit der Einstellung der Bevorschussung gerechnet werden. Allfällige unrechtmässige Bezüge müssen zurückerstattet werden.

Rückerstattung (§ 49 SHG)

Ein Kind, das Vorschüsse bezieht, ist der kostenpflichtigen Gemeinde soweit zur Rückerstattung verpflichtet, als ihm der unterhaltspflichtige Elternteil die bevorschussten Unterhaltsbeiträge direkt bezahlt. Ein Kind, das unrechtmässig Vorschüsse erhalten hat oder den unterhaltspflichtigen Elternteil beerbt und dadurch zu Vermögen kommt, hat die Vorschüsse der kostenpflichtigen Gemeinde zurückzuerstatten. Bevorschussungen, die im Hinblick auf Leistungen einer Sozialversicherung, einer Privatversicherung, haftpflichtiger Dritter oder anderer Dritter während einer Zeitspanne gewährt werden und für die rückwirkende Leistungen entrichtet werden, sind zurückzuerstatten.

Weiteres

Nachdem alle nötigen Unterlagen vollständig vorliegen, erlässt der Sozialdienst Rothenburg/Rain eine einsprachefähige Verfügung über den Anspruch und die Höhe der Bevorschussung.

Bei Fragen gibt der Sozialdienst Rothenburg/Rain gerne Auskunft.

Der/die Unterzeichnende bestätigt, das Merkblatt über Alimentenhilfe eingesehen zu haben.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift



Inkassovollmacht

Der/Die Unterzeichnende

Vorname/Name _____

Geburtsdatum _____

beauftragt und bevollmächtigt unter Einräumung des Substitutionsrechtes

den Sozialdienst Rothenburg/Rain (der Beauftragte)

zur aussergerichtlichen und gerichtlichen Vertretung und zur Geltendmachung folgender Unterhaltsansprüche:

- meines eigenen Anspruches
- als gesetzlichen Vertreter des folgenden Kindes / der folgenden Kinder

Vorname	Name	Geburtsdatum
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

gegenüber

Vorname/Name _____

Geburtsdatum _____

Dem Beauftragten wird das Vertretungsrecht eingeräumt; er ist befugt, alles zu unternehmen, was er zur Wahrung der Interessen der Auftraggeberin oder des Auftraggebers für notwendig oder angemessen erachtet.

Der Beauftragte ist insbesondere ermächtigt, die Auftraggeberin oder den Auftraggeber vor allen Behörden und Gerichten zu vertreten, Betreibungsverfahren durchzuführen, Zivilklage einzureichen, Strafantrag zu stellen (vgl. § 52 Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern), Rechtsmittel jeder Art zu ergreifen, einen Vergleich abzuschliessen, eine Klage zurückzuziehen oder anzuerkennen.

Der Beauftragte ist ebenso ermächtigt, beim Richter die Anweisung an den Schuldner des unterhaltspflichtigen Elternteils, Ehegatten oder eingetragenen Partnerin oder eingetragenen Partners und die Sicherstellung der Unterhaltsbeiträge zu beantragen (§ 27 Sozialhilfeverordnung des Kantons Luzern).

Der/die Unterzeichnende bestätigt, eine Kopie dieser Vollmacht erhalten zu haben.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift